*Name,*

*Anschrift Kläger/in*

An das Verwaltungsgericht

*Bitte nach Gerichtsbezirk aussuchen:*

*Verwaltungsgericht Gera*

*Rudolf-Diener-Straße 1*

*07545 Gera*

*oder*

*Verwaltungsgericht Meiningen*

*Lindenallee 15*

*98617 Meiningen*

*oder*

*Verwaltungsgericht Weimar*

*Jenaer Straße 2 a*

*99425 Weimar*

*Ort*, den *Datum*

***Klageschrift***

der Frau/ des Herrn *… (Vollständiger Name und vollständige Adresse)*

- Kläger/in -

gegen

Freistaat Thüringen, vertreten durch das Thüringer Finanzministerium, vertreten durch das Thüringer Landesamt für Finanzen, Steigerstraße 24, 99096 Erfurt,

- Beklagter -

wegen: Alimentation

Gegen den Beklagten erhebe ich

***K l a g e***

mit den Anträgen:

1. den Widerspruchsbescheid des Beklagten vom … aufzuheben und festzustellen, dass das Nettoeinkommen des Klägers spätestens seit dem 01.01.2020 (bei Widerspruchseinlegung erstmals 2021 ab dem 01.01.2021) zu  
   niedrig bemessen ist.
2. dem Beklagten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.
3. das Verfahren auszusetzen und dem Landesverfassungsgericht im Wege der konkreten Normenkontrolle die Frage vorzulegen, ob die seit dem 01.01.2020/ 01.01.2021 auf  
   §§ 1,3, 16 i.V.m. Anlage I. des Thüringer Besoldungsgesetzes vom 18. Januar 2016 in seiner ab dem 2. November 2021 (GVBl. S. 547, 549) geltenden bzw. jeweils gültigen Fassung beruhende Nettoalimentation des Klägers - bezogen auf die Besoldungsgruppe … *(bitte eigene Besoldungsgruppe einsetzen)*  
   - mit Art. 33 Abs. 5 GG vereinbar ist.

Die streitgegenständlichen Anträge 2020 und/ oder 2021 auf Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung (gemeint ist hier ihr ursprünglicher Antrag/ Widerspruch gegen die Besoldung) sowie der Widerspruchsbescheid *vom …* sind als

Anlagen 1,2 und 3 (wenn für 2020 und 2021 Widerspruch eingelegt wurde)

beigefügt.

Die Klageanträge und eine Klagebegründung werden mit gesondertem Schriftsatz nachgereicht.

Vorab bitte ich höflich um Beiziehung der dem Verfahren zugrunde liegenden Verwaltungs- sowie der aktuellen Personalakten und um die Gewährung von Einsichtnahme in diese Akten.

Name und Unterschrift der Klägerin/ des Klägers